

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23 3 / 2017

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag



Vorwort zur Bundestagswahl

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 24.09.2017 wählt Deutschland einen neuen Bundestag. Mit Ihren Stimmen entscheiden Sie, wer in den kommenden Jahren unser Land regiert.

Am Wahltag geht es darum, die Weichen für eine gute Zukunft zu stellen. Unserem Land geht es nach 12 Jahren unter unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel so gut wie noch nie. Die Arbeitslosenquote ist auf dem geringsten Stand seit der Wiedervereinigung, die deutsche Wirtschaft ist ein Leuchtturm in der Welt und in diesen weltpolitisch schwierigen Zeiten zeigt Deutschland, unter der Regierung von Kanzlerin Merkel, dass es ein Garant für Stabilität ist.

Die CDU Deutschland hat in ihrer Regierungszeit bewiesen, dass sie unser Land auf einen erfolgreichen Kurs bringen kann. Mit den Schwerpunkten Sicherheit, Bildung, Wirtschaft und Zusammenhalt des Landes setzten wir die richtigen Akzente für die Zukunft. Wir wollen dafür arbeiten, dass ein jeder in Deutschland gut und gerne leben kann.

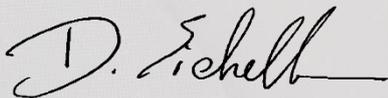
Mit unseren drei Bundestagskandidaten Dr. Dietlind Tiemann, Dr. Saskia Ludwig und Jana Schimke haben die Bürger in Teltow-Fläming ein hervorragendes personelles Angebot, dass für gute Arbeit im Bundestag und für eine starke Stimme unserer Region auf der bundespolitischen Ebene steht.

Wir kämpfen bis zum Wahlsonntag gemeinsam dafür, dass Angela Merkel und die Union die Bundestagswahl gewinnen.

Deshalb rufe ich alle Wählerinnen und Wähler auf: Bitte gehen Sie wählen!

Bitte geben Sie Ihre beiden Stimmen der CDU und sagen Sie Nein zu rot-rot-grünen Experimenten und zu Demagogen vom rechten Rand. Für sichere Arbeitsplätze, solide Finanzen, gute Bildung, Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und einen starken Zusammenhalt!

Ihr



Neues aus dem Wahlkreis

Fischhof-Mitarbeiter für einen Tag

Mit einem Praktikum startete Danny Eichelbaum (CDU) am Montag um 7 Uhr in diese Woche. Der CDU-Landtags- und Kreistagsabgeordnete fing auf dem Fischhof in Mellensee gemeinsam mit Verkaufsleiterin Nicole Gebauer mit dem Kescher 19 Forellen, gemeinsam nahmen sie die Fische aus und bereiteten sie fürs Räuchern und für den Verkauf vor. Eichelbaum ist auch Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses des Kreistages. Er sagt: "Ich wollte wissen, was in solch einer Firma hinter den Kulissen an Arbeit nötig ist."

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 08.08.2017



10.09.2017 Veranstaltung „Luther mal anders“ in der Dorfkirche Siethen



03.09.2017
Mopsrennen in
Ludwigsfelde



26.08.2017 Beim Kreiserntefest in Ruhlsdorf



Trotz Dauerregens Feuer und Flamme für die Feuerwehr

Sechstägiges Lager der Kreisjugendwehr Teltow-Fläming in Dobbrikow mit Teilnehmerrekord

Dauerregen sowie lästige Mücken und Ameisen in den Schlafsäcken - doch davon lassen sich die Kinder und Jugendlichen nicht die Laune verderben. Sie haben trotzdem Spaß. Solange die Zelte auf dem Campingplatz in Dobbrikow nicht unter Wasser stehen, ist das alles kein Problem. Von Dienstag bis Sonntag findet dort das 23. Zeltlager der Kreisjugendfeuerwehr Teltow-Fläming statt. "Wir sind zum zweiten Mal auf dem Campingplatz in Dobbrikow zu Gast", sagt Kreisjugendwartin Meike Roschner. Sie hatte sich für diese Woche schöneres Wetter gewünscht. Der Campingplatz am Glienickesee ist ideal - allerdings nicht bei Dauerregen. So wurde das Programm gestern rasch umgestellt. Eine Gruppe fuhr in die Fläminghalle, eine andere zur neuen Feuerwache nach Luckenwalde.



"In diesem Jahr gab es so viele Anmeldungen wie schon lange nicht mehr", erzählt Meike Roschner. Mit 230 Kindern und Jugendlichen und 60 Betreuern ist das ein Rekord. Und so musste für die Fahrt zum Freizeitpark Belantis nach Leipzig ein zusätzlicher Bus geordert werden. Die Zehn- bis 17-Jährigen kommen aus 13 Gemeinden und 30 Orten. "Rangsdorf fehlt. Die sind entschuldigt. Sie nehmen am Landesjugendlager teil", sagt Roschner. In den kommenden Tagen werden die Jugendfeuerwehrmitglieder ihr feuerwehrtechnisches Wissen unter Beweis stellen. Sie sind sozusagen Feuer und Flamme und das hat einen besonderen Grund. Sie absolvieren die Prüfung für die "Jugendflamme" und müssen sich in Sachen Schlauch- und Gerätekunde, Notruf und Erste Hilfe richtig gut auskennen.



Doch es geht nicht nur um die Feuerwehr, Spiel und Spaß dürfen bei diesem sechstägigen Camp nicht fehlen. So gibt es Workshops, wie den von Matthias Münch. Der Jugendwart und Bildhauer fertigt mit den Kindern Mosaik-Halbschalen an, die als Dekoration für den Garten genutzt werden können. Für die kommenden Tage stehen noch Neptunfest, Filmabend, Geländelauf und ein Grillabend an. "Im Laufe der Jahre hat sich das Jugendlager verändert", erzählt Meike Roschner. Sie war früher selbst Teilnehmerin und erinnert sich gern an diese Zeit zurück. "Wir hatten damals eine Waschrinne und niemand fand es schlimm, wenn wir uns einen Tag mal nicht gewaschen haben. Das ist heute undenkbar", sagt sie. Undenkbar wäre auch, wenn es keine Möglichkeit gäbe, die Handys zu laden. Bäcker Lehmann aus Wünsdorf unterstützt das Jugendlager seit Jahren und bringt täglich frische Brötchen und Kuchen. Zudem kümmert sich die Hennickendorfer Fleischerei um die Versorgung. Auch CDU-Landtagsabgeordneter Danny Eichelbaum besuchte das Camp. "Ich komme jedes Jahr, um mich zu erkundigen, wie es mit dem Nachwuchs aussieht. Wir sind beim Land gerade dabei, den Katastrophen- und Brandschutz zu überarbeiten. Wir wollen uns stärker für die Nachwuchsgewinnung einsetzen", sagt Eichelbaum. Ein Anliegen sei auch die Brandschutzerziehung als Unterrichtsfach durchzusetzen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 27.07.2017

Großbeeren - Carl Ahlgrimm tritt in CDU ein

Der Großbeerener Bürgermeister Carl Ahlgrimm ist in die CDU eingetreten. Damit wolle er die Möglichkeit haben, sich auch nach seinem angekündigten Ausscheiden aus dem Amt 2018 in die politischen Diskussionen einzubringen.

Großbeeren. Der Großbeerener Bürgermeister Carl Ahlgrimm ist in die CDU eingetreten. „Nach über zwanzigjähriger parteipolitischer Abstinenz habe ich am vergangenen Wochenende vor dem Hintergrund meiner im kommenden Jahr auslaufenden Amtszeit als Bürgermeister der Gemeinde Großbeeren die Entscheidung getroffen, eine Mitgliedschaft im Gemeindeverband Großbeeren der CDU zu beantragen“, teilte Ahlgrimm mit. Er freue sich, damit auch nach dem Ende seiner hauptberuflichen Tätigkeit als Bürgermeister seine Kenntnisse, Ideen und Vorstellungen in die politische Diskussion einbringen zu können. Ahlgrimm hatte bereits vor einiger Zeit angekündigt, 2018 nicht erneut als Bürgermeister zu kandidieren. „Meine Entscheidung, dies im Rahmen einer Mitgliedschaft im Gemeindeverband der CDU tun zu wollen, beruht auf der engen Zusammenarbeit, die mich – bei aller Überparteilichkeit meiner Amtsführung – gerade in der jetzt zu Ende gehenden Wahlperiode mit der CDU verbunden hat“, so Ahlgrimm weiter. Er werde aber auch in seiner neuen Rolle kein „pflegeleichter Parteisoldat“ sein, sondern weiterhin jemand, der kritisch hinterfragt, nach Alternativen sucht und bereit ist, Kompromisse einzugehen, wann immer es erforderlich und sinnvoll sei.

Der CDU-Kreisvorsitzende Danny Eichelbaum begrüßte den Eintritt von Carl Ahlgrimm in seine Partei. „Wir freuen uns, dass mit Carl Ahlgrimm, ein erfolgreicher Bürgermeister, der die Geschicke in der Gemeinde Großbeeren führt, in die CDU eingetreten ist. Mit seinen kommunalpolitischen Erfahrungen und seinem know-how ist er eine Bereicherung für die CDU!“, so Eichelbaum.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 20.07.2017



15.07.2017 Sommerfest der CDU und JU Großbeeren in Kleinbeeren

11.07.2017 Einweihung des neuen Fahrstuhles am Rathaus Trebbin



Eichelbaum fordert Ersatz für marode Nuthe-Brücke

CDU-Landtagsabgeordneter schaltet sich in Auseinandersetzung zwischen Kommunen und Land um Verbindung von Gröben nach Tremsdorf ein

Druckfrisch hat Landtagsmitglied Danny Eichelbaum (CDU) diese Woche ein neues Bündel Papier in seinen Unterlagen: Der Petitionsausschuss des Landtags hat sich zwar noch einmal mit dem Abriss der maroden Nuthe-Brücke zwischen Gröben und Tremsdorf befasst. Doch er sieht keine Lösung: Die zur kopfsteingepflasterten Landesstraße 771 gehörende Brücke muss aus Sicherheitsgründen abgerissen werden, das Land hat, wie bei so vielen Landwirtschaftswegen und kleinen Ortsverbindungen, kein Geld für eine neue Brücke.



Eichelbaum ist auch Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung. "Ob wir mit allen Beteiligten eine Lösung finden, kann ich im Moment nicht sagen. Aber kampflös und vor allem ersatzlos dürfen wir diese landeseigene Brücke nicht abreißen lassen", erklärt Eichelbaum. Er will erreichen, dass die Kommunen nicht vom Land allein gelassen werden. Zu gut ist der unangekündigte Abriss der Brücke über den Großbeerener Graben bei

Genshagen vor wenigen Wochen in Erinnerung. Wie berichtet, kämpfen Bürger und Bürgermeister beiderseits der Nuthe seit Jahren für den Erhalt der Nuthe-Brücke als Verbindung zwischen den beiden Ortsteilen in der Stadt Ludwigsfelde im Kreis Teltow-Fläming und in der Gemeinde Nuthetal in Potsdam-Mittelmark.

Dass die seit vorigen September für Kraftfahrzeuge gesperrte Brücke marode ist und es massive Sicherheitsbedenken gibt, steht außer Frage. Nur dürfe nicht ohne Aussicht auf Ersatz abgerissen werden, das fordern vor allem die beiden Ortsbeiräte. In diesem Kampf wissen sie ihre Bürgermeister Andreas Igel (SPD/Ludwigsfelde) und Ute Hustig (Linke/Nuthetal) hinter sich. Und Eichelbaum erklärt: "Das wird eines der ersten Probleme sein, mit dem wir uns nach der Sommerpause befassen. Es geht darum, den Ersatz oder einen Neubau zu organisieren und zu finanzieren." Die Gröbener starten am 26. August ihre nächste Aktion für einen Radweg von Gröben nach Siethen. "Dafür werden wir auch die Tremsdorfer wieder mit ins Boot holen, wie schon bei unserem gemeinsamen Brücken-Picknick Ende Mai", sagt Ortsbeirat Martino Persky. Denn den Radweg wollen die Gröbener nicht nur als sicheren Schulweg für ihre Kinder haben, sondern auch als touristische Ausflugsstrecke in die Nuthe-Nieplitz-Niederung. Wäre die Brücke weg, gäbe es eine wichtige Fahrrad-Verbindung von Berlin und Potsdam ins südliche Umland nicht mehr, das Radwegenetz bekäme weitere Löcher statt engmaschiger zu werden, wie es Igel und Hustig fordern. "Das darf auf keinen Fall passieren", so Eichelbaum.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 30.06.2017

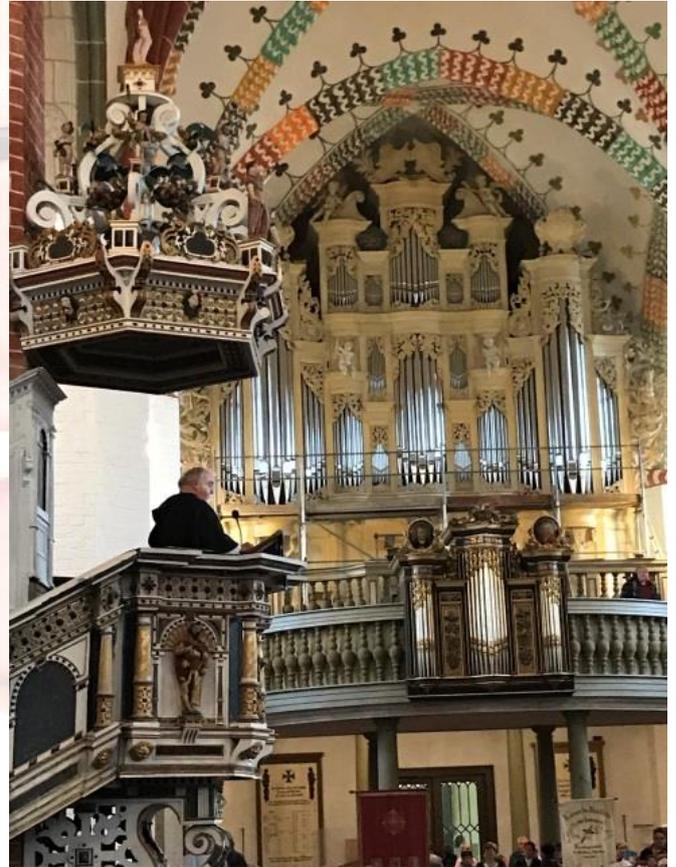
Tempo 30 in Wietstock

Die Wiesenstraße in Wietstock soll in Kürze aus Lärmschutzgründen auf Tempo 30 beschränkt werden. Das geht aus einem Schreiben von Landrätin Kornelia Wehlan (Linke) an den Kreis- und Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum (CDU) hervor. Eichelbaum hatte sich schon länger für eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Ortsdurchfahrt eingesetzt. Die Geschwindigkeitsreduzierung sei am 12. Juni angeordnet worden. Es gebe aber keine Voraussetzungen, um das Tempo auf anderen Teilen der Ortsdurchfahrt zu beschränken, schreibt Wehlan.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 29.06.2017

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

09.09.2017 Jüterboger Stadtfest „Tetzel kommt“



Mahlow: Eichelbaum kritisiert Baubehörde im Fall Bendig

Danny Eichelbaum, der CDU-Kreisvorsitzende von Teltow-Fläming, schießt heftig gegen die Kreisverwaltung. Er wirft Norbert Jurtzik, dem Leiter der Unteren Bauaufsicht vor, im Fall der Firma Bendig „unsensibel“ gehandelt zu haben. Mit seinen öffentlichen Äußerungen habe sich der Behördenchef „ein Armutszeugnis“ ausgestellt.

Mahlow. Aus Sicht des Landtagsabgeordneten und CDU-Kreisvorsitzenden von Teltow-Fläming Danny Eichelbaum hat die Bauaufsicht im Fall der Mahlower Fleischerei Bendig „wenig sensibel“ gehandelt.

Eichelbaum übt scharfe Kritik an Norbert Jurtzik, dem Leiter der Bauaufsicht des Landkreises nach dessen Äußerungen in der MAZ, in denen dieser eine Einmischung der Politik in Behördenentscheidungen zurückwies.

„Herrn Jurtzik steht es als Beamten nicht zu, die geschäftlichen Handlungen eines namhaften mittelständischen Unternehmers zu bewerten und zu kritisieren“, heißt es in einer Pressemitteilung. Die Fleischerei Bendig habe in der Vergangenheit 100 Beschäftigte gehabt und sich stark vor Ort engagiert. Vor zwei Jahren hätten sich 3000 Menschen mit ihrer Unterschrift für den Erhalt des Unternehmens ausgesprochen und ihr Unverständnis für das Handeln der Behörde ausgedrückt.

Behörden sollen sich nicht nur um große Unternehmen kümmern

„Es ist Aufgabe einer Baubehörde, sich nicht nur um die großen Unternehmen zu kümmern, sondern auch kleinere und mittelständische Unternehmen, die das Gros der Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze im Landkreis stellen, im Rahmen der gesetzmäßigen Möglichkeiten zu unterstützen“, heißt es weiter. Mit seinen öffentlichen Äußerungen habe sich Jurtzik ein Armutszeugnis ausgestellt. Eichelbaum zweifelt an, dass der Behördenchef sich jemals vor Ort ein Bild von der Lage gemacht hat. Jurtzik solle sich fragen, welche Bedeutung die Existenz von Unternehmen und der Erhalt von Arbeitsplätzen habe. Eine Baubehörde solle keine Verhinderungsbehörde sein, die unsensibel und unternehmerfeindlich handelt. Eine gute Zusammenarbeit von Unternehmen und Behörden sei ein Standortvorteil für Teltow-Fläming, der nicht durch einzelne Bürokraten gefährdet werden dürfe.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 26.08.2017



Infostand in Jüterbog zur Bundestagswahl und zum Volksbegehren gegen die Kreisgebietsreform, Besuch der SIK-Holzgestaltungs GmbH in Langenlippsdorf und Besuch der Agrargenossenschaft Jüterbog mit unserer Bundestagskandidatin Dr. Dietlind Tiemann am 31.08.2017

Ringer-Stützpunkt hat weiter Bestand - Leistungssportreform des Olympischen Sportbundes wird später umgesetzt

Luckenwalde. Gute Nachrichten für den 1. Luckenwalder SC. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB), so informiert Brandenburgs Ringerverbandspräsident Danny Eichelbaum, hat mitgeteilt, dass die Leistungssportreform erst zum 1. Januar 2019 umgesetzt wird. Damit bleibt Luckenwalde mindestens noch bis Ende 2018 Bundesstützpunkt.

Das angedachte und konträr diskutierte Potenzialanalysesystem wird wohl erst nach den Olympischen Spielen 2020 zum Einsatz kommen. „Unsere Kritik an der Reform und deren Auswirkungen hat gefruchtet“, schreibt Eichelbaum aus dem Urlaub an der Ostsee. „Es ist eine gute Nachricht für die ostdeutsche Ringerhochburg Luckenwalde, dass sie mindestens bis zum 31. Dezember 2018 Bundesstützpunkt bleibt. Die Stadt Luckenwalde hat damit bis zum Jahr 2018 Planungssicherheit und erhält die finanziellen Mittel aus der Sportstättenförderung. Das Bundesinnenministerium, der Deutsche Olympische Sportbund und die Sportministerkonferenz haben sich darauf geeinigt, dass die Umsetzung der Spitzensportreform um ein Jahr verschoben wird. Ich appelliere an die Verantwortlichen, diese Zeit zu nutzen, um über die zukünftige Spitzensportstruktur neu nachzudenken und vor allem um die finanzielle und berufliche Förderung der Spitzensportler zu verbessern.“

Zwei Herzen schlagen nach dem Bekanntwerden der Entscheidung in der Brust von LSC-Geschäftsführer Erik Scheidler. Grundsätzlich begrüßt er sie, weil dadurch Druck aus dem Kessel genommen wird. Die Finanzierung der Betriebskosten für die Luckenwalder Ringersportstätte ist auch im nächsten Jahr gesichert. „Wir haben dadurch auch mehr Zeit gewonnen, um nach neuen Wegen für den Freistil-Standort Luckenwalde zu suchen“, sagt der LSC-Geschäftsführer.

Auf der anderen Seite wurde mit den nötigen personellen Strukturveränderungen schon längst begonnen. Der langjährige Stützpunkttrainer Heiko Röhl arbeitet beispielsweise als Lehrertrainer an der Jahn-Schule und kümmert sich dort um den Ringernachwuchs in der Spezialklasse Sport. Seine mischfinanzierte Trainerstelle wird ausgeschrieben. Die Aufgaben eines standortverantwortlichen Trainers hat bis auf Weiteres Andreas Zabel übernommen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 19.08.2017



23.08.2017 Podiumsdiskussion des Seniorenverbandes mit unserer Bundestagskandidatin Dr. Dietlind Tiemann in Jüterbog

01.09.2017 Hoffest von Jana Schimke MdB in Rangsdorf



Startbahn frei für Segelflugwettbewerb - Kommunalpolitiker aus dem Landkreis Teltow-Fläming besichtigen den Flugplatz Holzdorf

Der Himmel über dem Kreis Teltow-Fläming ist in den nächsten Tagen etwas voller als üblich. Mit Fluglärm ist dennoch nicht zu rechnen. Am Montagabend wurden auf dem Fliegerhorst Schönewalde/Holzdorf im Dreiländereck zwischen Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt die 18. Internationalen militärischen Segelflugwettbewerbe eröffnet. Brigadegeneral Michael Traut, Kommandeur der Offizierschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck, und Oberstleutnant Jörg Zinnert, Präsident der Bundeswehr-Flugsportvereinigung, begrüßten die Teilnehmer aus zehn Nationen und wünschten ihnen viel Erfolg. Die Piloten werden bis zum 11. August die Sieger in drei Klassen ermitteln. Eine vorgegebene Strecke muss dabei von den Wettbewerbsteilnehmern möglichst schnell zurückgelegt werden.



Wenn es das Wetter zulässt, wird täglich geflogen. Nach dem Briefing am Morgen werden alle Teilnehmer in etwas mehr als einer Stunde in die Lüfte geschleppt. In 600 Meter erfolgt das Ausklinken der Segelflugzeuge. Von nun an sind die Piloten auf sich gestellt. Sie müssen die beste Thermik finden, um den vorgegebenen Parcours so schnell wie möglich abzufliegen. Wird ein Ziel verfehlt, gibt es Strafpunkte. Die Höchststrafe ist eine sogenannte Außenlandung.

Im Fachjargon "zu den Kühen gehen" genannt. Betroffene Segelflugzeuge werden in diesem Fall mit einem Aufkleber in Form einer Kuh verziert. Wer die meisten Kühe sammelt, der gewinnt zumindest einen Trostpreis. Beim Eröffnungsappell am Montagabend waren auch Kommunalpolitiker aus dem Kreis Teltow-Fläming sowie weitere interessierte Bürger aus Jüterbog und Niedergörsdorf in Holzdorf vor Ort. Der Besuch der TF-Delegation wurde vom CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum eingefädelt.

Die Gäste hatten schon am Nachmittag ausführlich Gelegenheit, den mit 1050 Hektar flächenmäßig größten Flugplatz der Bundeswehr in Deutschland, dessen größerer Teil in Brandenburg liegt, näher kennenzulernen. Der Standort ist ein wichtiger Arbeitgeber in der Region. Zahlreiche Brandenburger und Berliner pendeln täglich zur Arbeit nach Holzdorf.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 02.08.2017

Landesregierung vernachlässigt den Radwegebau in TF - Danny Eichelbaum: "Traurige Realität"

Ludwigsfelde. Überall im Landkreis Teltow-Fläming gibt es Unmut über fehlende Radwege an den Landesstraßen. Das Thema wurde auch in der letzten Sitzung des Kreistages am 26.6.2017 im Kreistag Teltow-Fläming diskutiert. Mit dem Vorsitzenden des Landtagsausschusses für Infrastruktur und Landesplanung, Danny Eichelbaum (CDU) sprach BlickPunkt-Redakteur Jörg Reuter.

Blickpunkt: Halten Sie die Proteste und Fahrraddemos wegen nicht vorhandener Radwege im Landkreis für berechtigt?

Danny Eichelbaum: Jeder von uns kennt marode oder unbedingt notwendige Radwege, besonders im Norden des Landkreises, die wegen fehlender finanzieller Landesmittel nicht gebaut werden können. Ob der fehlende Radweg von Gröben nach Siethen, von Sperenberg nach Klausdorf oder von Hennickendorf nach Dobrikow. Radwege sind keine Luxuswünsche der Kommunen, sie sind unabdingbar, weil sie die Verkehrssicherheit erhöhen, schwere Verkehrsunfälle vermeiden und der Schulwegsicherung dienen. Und deshalb muss der Bau von Radwegen ein wichtiges Anliegen der Landespolitik sein.

Blickpunkt: Haben Sie den Eindruck, dass der Bau von Radwegen für die Landesregierung Priorität hat?

Danny Eichelbaum: Nein, leider nicht. Die Landesregierung macht einen schlanken Fuß, hält sich nicht an Versprechungen gegenüber den Kommunen und stiehlt sich aus der Verantwortung. Die Landesregierung hat selbst eine Mobilitätsstrategie 2030 beschlossen, in der die Förderung des Radverkehrs einen wichtigen Stellenwert einnimmt. Was nützen uns solche Hochglanzbroschüren, wenn sie vor Ort wegen fehlender finanzieller Landesmittel nicht umgesetzt werden können. In diesem Jahr hat die Landesregierung gerade einmal 3,6 Mio. Euro für den Erhalt und den Neubau von Radwegen in den Haushalt eingestellt. Bis zum Jahr 2030 will sie gerade einmal 35 neue Radwege im gesamten Land Brandenburg bauen. Das Geld reicht hinten und vorn nicht, das ist leider die traurige Realität in Brandenburg. Und die Leitragenden dieser Politik sind die Bürger vor Ort.

Blickpunkt: Was muss sich aus Ihrer Sicht ändern?

Danny Eichelbaum: Zunächst brauchen wir dringend eine Erhöhung der finanziellen Mittel für den Radwegebau, dazu hat der Kreistag von Teltow-Fläming auch die Landesregierung aufgefordert und zweitens brauchen wir eine bessere Lobbyarbeit für unseren Landkreis in Potsdam. Was nützt es, wenn die CDU das Thema: Radwegebau in Teltow-Fläming immer wieder auf die Tagesordnung des zuständigen Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung setzt, wenn die SPD-Mandatsträger in Sonntagsreden oder im Wahlkampf den Bau von Radwegen fordern, aber im Landtag bei dem Thema schweigen oder sich wegducken. Die Menschen erwarten zu Recht von den Vertretern einer Regierungspartei, dass sie keine Ankündigungspolitik betreiben, sondern konkrete Lösungen anbieten. Nur gemeinsam können wir etwas für unsere Region bewegen.

Blickpunkt: Wie sieht die Zukunft des Fahrradverkehrs in Brandenburg aus?

Danny Eichelbaum: Immer mehr Menschen wollen Radfahren. Das Fahrrad erlebt zu seinem 200. Geburtstag einen richtigen Boom. Viele entdecken das Fahrrad als Alternative zum Auto im Stau oder zum überfüllten Bahn-Regionalverkehr. Radfahren ist gesund, umweltfreundlich und dient der

touristischen Wertschöpfung. Der Anteil des Fahrrades am Verkehrsaufkommen in Brandenburg liegt heute schon bei 13 Prozent und übersteigt das Verkehrsaufkommen von Bussen und Bahnen, 25 Prozent der Urlaubsgäste in Brandenburg benutzen das Fahrrad und durch den Radtourismus wird in Brandenburg ein jährlicher Gesamtumsatz in Höhe von 850 Mio. Euro erzielt. Der Bund forciert deshalb bereits schon Radschnellwege, wie man sie jetzt schon in Kopenhagen vorfindet, andere Bundesländer kommen dem Wunsch nach Erlebnisfahrradwegen in Naturgebieten oder thematischen Schwerpunkten, wie z.B. der Reformation nach. Diese Entwicklung darf Brandenburg nicht verschlafen.

Quelle: Blickpunkt, 06.07.2017



23.07.2017 RBB-Robur in Tour in Berkenbrück (Nuthe-Urstromtal)

Schutzgebiet ist nun ausgewiesen - Kreistag und Kreisverwaltung einigen sich

"Fast ein Jahr hat uns dieses Thema beschäftigt", resümierte Winand Jansen (SPD), Vorsitzender des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung, bei der jüngsten Kreistagssitzung. Es ging mal wieder um die Ausweisung des Landschaftsschutzgebiets "Baruther Urstromtal und Luckenwalder Heide". Da hatte der Kreistag Änderungen vorgenommen, die die Landrätin aus rechtlichen Gründen beanstandete, was wiederum der Kreistag nicht einsah. Auch eine Stellungnahme des Innenministeriums führte nicht zu einer Klärung. Nun hat man sich aber geeinigt, indem man sich darauf verständigte, dass in dem Landschaftsschutzgebiet "eine innerörtliche bauliche Nutzung an bebauten Straßen bis zu einer Grundstückstiefe von 50 Metern möglich ist". So hatte es der Kreistag gefordert. Er hat aber eingeräumt, dass die Naturschutzbehörde vorher prüft, ob hierdurch das Schutzgebiet erheblich beeinträchtigt wird. Ein entsprechender Zusatzantrag von Jansen und dem Umweltausschussvorsitzenden Danny Eichelbaum (CDU) wurde bei drei Gegenstimmen angenommen. Er sieht auch vor, dass das Umweltamt beiden Ausschüssen regelmäßig über solche Fälle berichtet. Die eigentliche Unterschutzstellung beschloss der Kreistag dann bei zwei Gegenstimmen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 01.07.2017

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Freundeskreis der Fregatte Brandenburg begrüßte die F215 in Wilhelmshaven

Nationale Behörden wurden gegen Schlepperkriminalität unterstützt

Wilhelmshaven. Der Rote Adler kehrte am 8. September zu seinem Marinestützpunkt in die Heimat zurück. Viele Familienangehörige und Fans der Marine kamen nach Wilhelmshaven, um beim Einlaufen live mit vor Ort zu sein. Ein guter Grund auch für den Freundeskreis - darunter die Ludwigsfelder Detlef Helgert, Ronny Rohland und Andre Lopin sowie die Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum (CDU), Rainer Genilke (CDU) und Danile Kurth (SPD) gemeinsam mit Vertretern des Landeskommandos Brandenburg und der Landesvertretung Brandenburg beim Bund - nach Wilhelmshaven zu fahren und die Kameradinnen und Kameraden persönlich zu begrüßen.



Die Brandenburger kamen nicht mit leeren Händen, zum Einlaufen brachten sie für die Mannschaft Getränke von der Neuzeller Klosterbrauerei mit. Der Freundeskreis der Fregatte Brandenburg wurde im letzten Jahr in Ludwigsfelde gegründet, gemeinsam mit dem Landtag und der Landesregierung Brandenburg will man die Matrosen und Offiziere der Fregatte während ihres Dienstes, aber auch nach dem Ende der Dienstzeit unterstützen. Die Patenschaft zwischen dem Land Brandenburg und der Fregatte besteht bereits seit 1994. Bereits mehrfach waren Kameraden der Fregatte Brandenburg in Ludwigsfelde und Teltow-Fläming. Zwischen der Fregatte und dem Freundeskreis wurde ein enges Band geknüpft. Die Fregatte Brandenburg ist Botschafter unseres Landes auf den Weltmeeren und darauf sind wir stolz!", so der Vorsitzende des Freundeskreises Detlef Helgert.



In den vergangenen sechs Monaten unterstützte die Fregatte Brandenburg die NATO bei der Kontrolle des Seegebietes zwischen den östlichen griechischen Inseln und der türkischen Westküste. Seit Februar 2016 trägt die NATO zur Erstellung eines Lagebildes für die griechische und türkische Küstenwache sowie die europäische Grenzschutz-Agentur FRONTEX in der Ägäis bei. Ziel war es, die zuständigen nationalen Behörden gegen Schlepperkriminalität zu unterstützen.

Die Mitglieder der Brandenburger Delegation nutzen die Gelegenheit für einen regen Informationsaustausch mit dem Kommandanten, Fregattenkapitän Scherrer und der Besatzung. Spätestens im Januar werden wieder Besatzungsmitglieder der Fregatte ihr Patenland Brandenburg besuchen.

Quelle: Blickpunkt Online, 11.09.2017

Immer mehr Frust in der Justiz

Hartz-IV-Gesetze und Flüchtlingswelle sorgen für Überlastung an den Gerichten

Potsdam Brandenburgs Justizgewerkschaften kämpfen nun vereint gegen die Landesregierung. Schon Anfang des Jahres haben sich die bislang oft konkurrierenden Gewerkschaften und berufsständischen Vereinigungen in einer "Zukunftswerkstatt Justiz" zusammengeschlossen – ein "in der Geschichte des Landes einmaliger Vorgang", wie die Landesvorsitzende des Richterbundes.

Akten über Akten im Gerichtssaal – doch bevor sie dort landen, bedarf es deren Bearbeitung. Und dafür fehlt zunehmend das Personal.

"Eine funktionierende Justiz ist ein Standortfaktor für Brandenburg", sagte Odenbreit. "Aber die Situation bei den Gerichten ist überall dramatisch." Die Hartz-IV-Gesetze sorgten für eine Klagewelle an den Sozialgerichten, die Flüchtlingswelle sorgte nun auch für Überlastung an den Verwaltungsgerichten.

Bei den drei Verwaltungsgerichten sind mittlerweile mehr als 18 000 Verfahren anhängig – Ende 2012 waren es noch 7230. Die Bestände haben sich also um rund 250 Prozent erhöht. Die Zahl der Asylverfahren sei, so Odenbreit, sogar um 1340 Prozent gestiegen. Doch an den Verwaltungsgerichten gebe es nur 78 Richterstellen, die schon heute nicht mehr alle besetzt seien. "In den nächsten 15 Jahren werden etwa 700 der rund 1000 Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte des Landes in den Ruhestand gehen", sagte Odenbreit. Nötig sei daher die Einstellung von rund 30 Richtern pro Jahr.

Noch dramatischer stellt sich indes die Situation bei den übrigen Beamten im Justizbereich dar. Von "demotivierten" Vollzugsbediensteten berichtete Rainer Krone vom Bund der Strafvollzugsbediensteten. Es gebe keine Stellenbesetzungen mehr im gehobenen Dienst, stattdessen müssten Beamte der Besoldungsgruppen A7 bis A9 die Aufgaben miterledigen, für die früher Personal der deutlich besser bezahlten Stufen A11 und A12 zur Verfügung stand. "Wer als Anwärter in den Strafvollzugsdienst geht, erhält 980 Euro im Monat", sagte Krone. Damit seien junge Kollegen, die in den öffentlichen Dienst gehen wollten, und deren Aufgabe es sei, in den Gefängnissen Strafgefangene zu bewachen, zum Bezug von Sozialleistungen, etwa dem Wohngeld, berechtigt. "Das ist eine Schande für den öffentlichen Dienst."

Ähnlich ist es bei den Justizwachtmeistern, die vor Gericht etwa Gefangene vorführen müssen, aber nur im einfachen Dienst, in den Besoldungsgruppen A4 bis A5, eingegliedert sind. Während sich aggressive Gefangene oft in der Altersgruppe von 18 bis 30 befänden, sei das Vorführ- und Sicherheitspersonal an Brandenburgs Gerichten oft 20 bis 30 Jahre älter. "Der Dienst ist anspruchsvoller und gefährlicher geworden", sagt die Vorsitzende der Deutschen Justizgewerkschaft, Petra Schmidt. Die Mitarbeiter in der Justiz seien an ihre Belastungsgrenze gekommen. "Die Zahl der durchschnittlichen Krankentage von 29,1 in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und 35,9 in der Sozialgerichtsbarkeit sind ein trauriger Beleg dafür."

Ein Sprecher des Potsdamer Justizministeriums erklärte gegenüber der RUNDSCHAU, die Probleme seien dem Haus bekannt. Perspektivisch werde es nötig sein, in den verschiedenen Geschäftsbereichen nachzusteuern. So seien in der Sozialgerichtsbarkeit in der letzten Sitzung des Richterwahlausschusses vier weitere Proberichter gewählt worden, um einen weiteren Bestandsabbau bei den Fallzahlen zu erreichen. Zudem habe man in der Verwaltungsgerichtsbarkeit 22 neue Stellen zur Verfügung stellen können. Bei den nächsten

Haushaltsverhandlungen werde man mit Nachdruck für eine verbesserte Personalausstattung in der Justiz und bessere Aufstiegsmöglichkeiten etwa für Vollzugsbeamte eintreten.

Unterstützung erhielten die Gewerkschaften gestern von der Landtags-Opposition: "Die Schmerzgrenze ist offenbar an vielen Gerichten überschritten", sagte der Grünen-Abgeordnete Benjamin Raschke. "So geht es nicht weiter, wer die Justiz kaputtspart, setzt den Rechtsstaat aufs Spiel." Und der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum sprach von einem "Weckruf" an die Adresse der Landesregierung. "Untersuchungshäftlinge mussten bereits wegen überlanger Verfahrensdauer aus der U-Haft entlassen werden", so Eichelbaum.

Straftäter erhielten wegen überlanger Gerichtsverfahren Strafrabatte, Pflegebedürftige, Kranke und Rentner warteten in Brandenburg teils jahrelang auf gerichtliche Entscheidungen. "Die CDU fordert ein Ende des Stellenabbaus in der Justiz, die Schaffung eines Stellenpools für Nachwuchskräfte sowie mindestens zehn neue Stellen für Staatsanwälte und 30 Richter in der ordentlichen Gerichtsbarkeit."

Quelle: Lausitzer Rundschau, 18.07.2017



06.09.2017 Festveranstaltung zum 80.Geburtstag unseres Brandenburger CDU-Ehrenvorsitzenden Jörg Schönbohm in Potsdam

28.08.2017 Besuch der Botschaft der Republik Ungarn in Berlin



28.07.2017 Arbeitsgespräch mit Mitarbeitern der Justizvollzugsanstalt Neuruppin-Wulkow



Justizgewerkschaften gründen gemeinsames Projekt - Danny Eichelbaum: „Zukunftswerkstatt Justiz“ ist Weckruf an die Landesregierung

Zur heutigen Pressekonferenz der Brandenburger Justizverbände erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Danny Eichelbaum:

„Der seit Jahren anhaltende Dauerprotest von Richtern, Staatsanwälten und Justizbeschäftigten ist ein Armutszeugnis für die Landesregierung aus SPD und Linke. Die Zukunftswerkstatt Justiz muss daher ein Weckruf für die Brandenburger Landesregierung sein, für eine gute Ausstattung der Justiz zu sorgen. Die Verfahrensdauern liegen mittlerweile in fast allen Gerichtsbarkeiten in Brandenburg über dem Bundesdurchschnitt. Untersuchungshäftlinge mussten bereits wegen überlanger Verfahrensdauer aus der U-Haft entlassen werden, Straftäter erhalten wegen überlanger Gerichtsverfahren Strafrabatte, Pflegebedürftige, Kranke und Rentner warten in Brandenburg teils jahrelang auf gerichtliche Entscheidungen. Das sind die Ergebnisse von 8 Jahren linker Rechts- und Finanzpolitik. Diese sozial ungerechten Zustände in Brandenburg müssen endlich beseitigt werden. Die CDU fordert ein Ende des Stellenabbaus in der Justiz, die Schaffung eines Stellenpools für Nachwuchskräfte, um den hohen Bestand an Altverfahren abzubauen sowie mindestens 10 neue Stellen für Staatsanwälte und 30 Richter in der ordentlichen Gerichtsbarkeit.“

Seit Jahren unterstützt die CDU-Fraktion die einzelnen Justizverbände bei ihren Bemühungen um mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen. SPD und Linke haben jedoch alle entsprechenden Haushaltsanträge der Union im Brandenburger Landtag abgelehnt. „Dass sich sämtliche Interessenvereinigungen nunmehr zu einer „Zukunftswerkstatt Justiz“ zusammengeschlossen haben, verdeutlicht einmal mehr, wie desolat der Zustand in der Brandenburger Justiz inzwischen ist. Es ist Zeit zum Handeln.“

Quelle: Pressemitteilung, 17. Juli 2017



17.07.2017 Konstituierende Sitzung des CDU-Landesvorstandes Brandenburg in Potsdam

15.07.2017 CDU-Landesparteitag in Schönefeld



Schnelle Hilfe für Opfer von Gewalttaten - Landesförderung rettet Traumaambulanz

Potsdam (dpa) Nach einer Vergewaltigung oder einer schweren Körperverletzung benötigt das Opfer schnell und unbürokratisch Hilfe. Betroffene können sich nun wieder an die Traumaambulanz in Potsdam wenden. Ob häusliche Gewalt, Raubüberfall oder Vergewaltigung: Für Opfer von Gewaltoder Sexualdelikten bietet die Traumaambulanz in Potsdam wieder Akutund Kurzzeitpsychotherapien an. Die Wiedereröffnung der Ambulanz wird durch eine Förderung aus Lottomitteln des Landes in Höhe von rund 8300 Euro ermöglicht.

Justizminister Stefan Ludwig (Linke) überreichte am Freitag in den Räumen der Opferberatung in Potsdam eine entsprechende Förderurkunde, wie das Ministerium mitteilte. Die Traumaambulanz war 2012 als Modellprojekt gestartet und musste im Sommer 2016 schließen. Es gehe nicht nur darum, auf eine Gewalttat eine schnelle und gerechte Strafe folgen zu lassen, sagte Minister Ludwig. Die Opfer dürften nicht aus dem Blickfeld geraten, sagte er. „Das ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Wir können das nicht auf das Täter-Opfer-Verhältnis reduzieren.“ Mit dem Geld kann der Verein Opferhilfe Land Brandenburg nach eigenen Angaben fünf Therapieplätze bis Februar 2018 finanzieren. In der Traumaambulanz sollen Betroffene innerhalb von wenigen Tagen einen Therapieplatz bekommen, sagte Rosmarie Priet, Leiterin der Opferberatung und Traumaambulanz. „Das hat damit zu tun, dass Gewaltopfer und Opfer von Sexualstraftaten ein hohes Risiko haben, an Traumafolgestörungen zu erkranken“, erläuterte Priet.

Die psychischen Folgen einer Straftat beeinträchtigen Lebensbereiche wie Arbeit und Familie. Konsequenzen könnten ein Ausscheiden aus dem Berufsleben und Probleme mit der Familie sein. Soweit dürfe es gar nicht erst kommen, sagte die Diplom-Psychologin. Die Traumaambulanz sei an die Opferberatungsstellen in Brandenburg angegliedert, um die gesamte Lebenssituation in den Blick nehmen zu können. Betroffenen würden nicht nur Therapien, sondern Unterstützung in belastenden Strafverfahren, Beratung für Angehörige, sozialpädagogische Beratung und psychologische Beratung angeboten, erläuterte Priet. In den sechs Opferberatungsstellen im Land werden laut Ministerium jährlich rund 700 Betroffene betreut. Die CDU-Landtagsfraktion fordert nach Ende des Modellprojekts in Potsdam einen Opferhilfefonds, den Aufbau von Traumaambulanzen in allen Landgerichtsbezirken und eine konstitutionelle finanzielle Förderung durch das Land. „Die tröpfchenweise Finanzierung einer einzigen Traumaambulanz mit fünf Therapieplätzen durch das Justizministerium ist völlig unzureichend und wird den Interessen der Opfer von Gewaltund Sexualstraftaten nicht gerecht“, sagte der rechtspolitische Sprecher der Fraktion, Danny Eichelbaum. Die Brandenburger Landesregierung hatte vor zwei Jahren in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Landtagsfraktion auch eingestanden, dass die psychische Stabilisierung von sogenannten Opferzeugen sich grundsätzlich positiv auf die Beweiserhebung und Wahrheitsforschung in einem Ermittlungs- bzw. Strafverfahren auswirken könnte, auch wenn es dafür bislang noch keine belastbaren Studien gebe.

Quelle: Märkische Oderzeitung, 15.07.2017

13.07.2017 Eröffnung der Heidelbeerernte in Klaietow



Ausgewählte Termine im Monat September 2017

- 13.9.2017 14.30 Uhr Eröffnung des Netzwerkes Gesunde Kinder in Jüterbog
- 14.9.2017 10 Uhr Sitzung des Rechtsausschusses des Landtages in Potsdam
- 16.9.2017 10 Uhr CDU-Kreisparteitag in Trebbin
- 17.9.2017 Kartoffelfest in Siethen
- 19.9.2017 10 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 21.9.2017 13.30 Uhr Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung des Landtages in Potsdam
- 24.9.2017 Bundestagswahl
- 25.9.2017 17 Uhr Sitzung des Kreisausschusses in Luckenwalde
18.30 Uhr Sitzung des CDU-Kreisvorstandes in Luckenwalde
- 26.9.2017 10 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 27.9.2017 Plenum des Landtages (ganztägig)
- 28.9.2017 Plenum des Landtages (ganztägig)
- 29.9.2017 Plenum des Landtages (ganztägig)



04.07.2017 Besuch der Grundschule
Blankensee im Landtag